



Fotos: ZKN

Viel Einmütigkeit bei der Kammerversammlung 2016

Auf der diesjährigen Kammerversammlung der Zahnärztekammer Niedersachsen (ZKN), die im Maritim Airport Hotel am Flughafen Hannover-Langenhagen tagte, wurde dank der ebenso engagiert wie diszipliniert geführten Debatten unter der souveränen Leitung des Kammerpräsidenten Henner Bunke, D.M.D./Univ. of Florida, die umfangreiche Tagesordnung an einem Tag abgewickelt. Es gab kein beherrschendes Thema, sondern die gesamte Palette der „großen“ Politik, vor allem der Gesundheitspolitik, sowie der Standes- und zahnärztlichen Fachpolitik wurde diskutiert und beurteilt. Dabei herrschte im Wesentlichen Einmütigkeit. Sie kam besonders dadurch zum Ausdruck, dass es in den über zwei Dutzend Anträgen vom Vorstand, von den Delegierten des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) und der Zahnärzte für Niedersachsen (ZfN) fast keine Kampfabstimmungen, sondern durchweg einmütige Beschlüsse gab. Nur beim Thema Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der ZKN, insbesondere als es um das seit Sommer dieses Jahres von Kammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Niedersachsen (KZVN) wieder gemeinsam herausgegebene Niedersächsische Zahnärzteblatt (NZB) ging, prallten gegensätzliche Meinungen aufeinander. Im Kern ging es um die jetzige Zusammensetzung des Redaktionsteams des gemeinsamen Blattes und auch um die Frage einer zentralen oder in die Bezirksstellen verlagerten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Kammerpräsident Bunke hatte zu Beginn seines Rechenschaftsberichts die Politik aufs Korn genommen und dabei die Themen Flüchtlinge, den Brexit und die Zinspolitik als

dominant bezeichnet. Sie alle haben die Zahnärzteschaft nicht unberührt gelassen und auch ihr mehr oder weniger Probleme bereitet. Die vielen Redebeiträge in der Diskussion zeigten, dass ein Nerv getroffen war.

In seinem Rückblick auf die zahnärztlichen Themen gab der Präsident zunächst seiner Zufriedenheit über ein nunmehr geschaffenes gemeinsames Mitteilungsblatt Ausdruck. Nach dem von beiden Körperschaften ZKN und KZVN beschlossenen Herausgebervertrag werden die berufspolitisch in Niedersachsen engagierten Verbände ZfN und FVDZ das Mitteilungsblatt nicht mehr als Plattform für eigene Informationen nutzen können, zumal es auch von Beiträgen von Mitgliedern beider Körperschaften finanziert wird, die keinem der beiden berufspolitisch engagierten Verbände angehören. Allerdings soll die Berufspolitik



Präsident Henner Bunke, D.M.D./Univ. of Florida (links) und sein Stellvertreter Jörg Röver bei ihren jeweiligen Berichten gegenüber den Delegierten

auch im gemeinsamen Blatt ihren Platz haben, um die berechtigten Interessen der Zahnärzteschaft gegenüber Politik und Gesellschaft der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Denn Problemfelder wie Angriffe auf die Freien Berufe, „Verstaatlichung“ des Berufsrechts, Kontrollwahn, Bürokratiemonster und vieles mehr gebe es genug. Außerdem soll das neue NZB frei von kommerzieller und berufspolitisch motivierter Werbung sein.

Insofern war sich die Kammerversammlung völlig einig. Aber dann kam der „Juckepunkt“ Redaktionsteam zur Sprache. Derzeit wird das NZB unter der Leitung eines externen Redaktionsleiters zusammen mit den beiden den ZfN angehörenden Pressereferenten der Kammer und KZVN erstellt. Hier wird von Seiten des FVDZ eine berufspolitische Parität in der Besetzung der Redaktion gefordert. Der Pressereferent der Kammer, Dr. Lutz Riefenstahl, wies darauf hin, dass das jetzt gemeinsam herausgegebene NZB ein gemeinsames Mitgliederblatt für die Kammer und für die KZVN und nicht für standespolitische Verbände sei. Dr. Karl Horst Schirbort meinte, diese Entscheidung werde die Berufsverbände spalten statt sie zu Gemeinsamkeiten zu führen. Außerdem sollten gerade auch Informationen über berufsständische Organisationen soweit wie möglich der gesamten Zahnärzteschaft mitgeteilt werden. Der Hinweis, dass nach der Wahl des neuen KZVN-Vorstands am 21. Januar 2017 (die Wahl zur neuen Vertreterversammlung findet vom 7. bis 16. November 2016 statt) entschieden werden solle, und die drängende Mittagspause setzten der hitzigen Debatte zunächst ein Ende.

Sie flammten später jedoch wieder auf, als es um einen Antrag von Dr. Rindermann und Dr. Keck ging, der Bezirksstelle Ostfriesland für die Pressearbeit vor Ort ab 2017 jährlich 5.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die Bezirksstelle reklamiert, dass dort seit Jahren eine erfolgreiche Pressearbeit vor Ort gemacht werde, die aber finanzielle Mittel erfordert, die man von der ZKN zur Verfügung gestellt haben möchte. Die wiederum engagierte Diskussion führte zu der nicht neuen Erkenntnis, dass gerade für die Zahnärzteschaft eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dringend vonnöten ist, damit die Politik, die Gesellschaft und auch die eigene Kollegenschaft über Probleme, Wollen und Wirken der Zahnärzteschaft informiert wird. Dabei wurde auch die Grundsatzfrage diskutiert: professionelle zentrale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Zahnärzteschaft oder Pressearbeit vor Ort von den einzelnen Bezirksstellen oder ein Mischmodell. Auch hierzu soll eine Entscheidung erst nach der Neuwahl des KZVN-Vorstands getroffen werden. Für die Zwischenzeit wurde ein „Leitfaden Pressearbeit der Bezirksstellen“ vom Vorstand erarbeitet und in der letzten Vorstandssitzung beschlossen. Übrigens, der Antrag von Dres. Rindermann und Keck wurden bei 13 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt (s. Seite 50ff).



Kein „Zahnarzt light“

Nachdem Präsident Bunke in seinem Rechenschaftsbericht über die Ergebnisse der 5. deutschen Mundgesundheitsstudie, in der Deutschland im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz einnimmt, gesprochen hatte, sagte er, die Zahnärzte müssten wissen, dass eine erfolgreiche Parodontitistherapie ohne entsprechende Vorbehandlung – schon aus Gründen der Patientenmitwirkung – als auch ohne eine strukturierte Nachsorge in der Regel langfristig nicht zum Erfolg führen könne. Da sei es nur folgerichtig, die PAR-Behandlungstrecke von Seiten der Bundeszahnärztekammer, der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der Wissenschaft auf den Prüfstein zu stellen, was derzeit auch passiert. Und just in diesem Moment riefen einige zahnärztliche Vertreter nach der Ausweitung des Delegationsrahmens und auch einige Dentalhygienikerinnen (DH) und deren Verbände nach Formen der Substitution und einem eigenständigen Berufsbild in Form von Bachelor-DHs. Hier sollten sich die Zahnärzte nicht aufs Glatteis führen lassen. Ein „Zahnarzt light“, wie in England oder Holland, wo DHs selbständig arbeiten, teilweise Anästhesien setzen und kleine Füllungen legen können, habe dort nicht zu einer besseren Mundgesundheit geführt. Die hierzu vorgelegten Anträge des Vorstands wurden fast durchweg einstimmig verabschiedet (s. Seite 50ff).

Klare Absage an Selbstverwaltungsstärkungsgesetz

Vehement kritisierte der Kammerpräsident Bunke das kürzlich in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen. Es bringe Misstrauen in das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten und stelle die Mediziner grundsätzlich unter Tatverdacht. Korruption sei schon immer eine Straftat gewesen, für die die Zahnärzte keinerlei Toleranz kennen. Außerdem seien Bestechlichkeit und Zuwendungen von Vorteilen oder Entgelten hinlänglich in der Berufsordnung sowie im Sozialgesetzbuch (SGB V) und in der GOZ beschrieben und untersagt. Ebenso sprach der Präsident der Kammerversammlung aus dem Herzen, als er dem Entwurf für das „Gesetz zur Stärkung der Handlungsfähigkeit und Aufsicht über die Selbstverwaltung der Spitzenorganisationen in der GKV“, das kürzlich noch „Selbstverwaltungsstärkungs- ▶

► gesetz“ hieß, eine klare Absage erteilt. Es sei ein „Selbstverwaltungsentmündigungsgesetz“ mit dem das Bundesgesundheitsministerium vordergründig den Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane mehr Transparenz über Vorstand und Verwaltung gewähren wolle, in der Realität aber solle es dem Ministerium als Dienstaufsichtsbehörde mehr Kontrolle verschaffen, erklärte Präsident Bunke. Seiner Bitte, die hierzu vorgelegten Anträge „mit einem deutlichen Signal an die Politik zu versehen“, kam die Kammerversammlung mit der einstimmigen Verabschiedung der entsprechenden Anträge nach (s. Seite 50ff). Auch in der den Anträgen zugehörigen Aussprache machten sich die Kammermitglieder mit teils drastischen Redebeiträgen Luft. Die Grenze des Zumutbaren für die Selbstverwaltung sei nicht nur erreicht, sondern schon maßlos überschritten. Es sei höchste Zeit, aktiv zu werden und zu kämpfen. Zum Schluss seines Rechenschaftsberichts wies Kammerpräsident Bunke darauf hin, dass es bis zur Kammerversammlung in einem Jahr eine neue Bundesregierung geben werde. Mögliche neue Konstellationen könnten für die Zahnärzteschaft und alle Freiberufler fast zum Alptraum werden. So wäre beispielsweise der Rückfall mit Hilfe einer Bürgerversicherung wieder in das alte fortschrittsfeindliche Sachleistungssystem zu verfallen, eine schlimme Perspektive. Daher wurden die Bundeszahnärztekammer und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung aufgefordert, rechtzeitig Wahlprüfsteine für die Parteien zur nächsten Bundestagswahl zu formulieren und deren Inhalte und Auswirkungen den Bürgern, den Patienten, schon aus Sicht des Patientenschutzes zu erläutern. „Es ist viel zu tun im nächsten Jahr, wir sollten uns nicht im Klein/Klein verstricken, sondern gemeinsam wichtige Dinge angehen“, schloss der Kammerpräsident seinen Bericht. In der anschließenden engagiert geführten Aussprache gab es mehr Zustimmung und Lob als Kritik.



Trugen aus ihren Vorstandsreferaten vor: Sabine Steding (links) und Silke Lange.



Wurden vom Präsidenten mit der Ehrennadel der Deutschen Zahnärzteschaft in Silber ausgezeichnet: Dr. Julius Beischer, Dr. Henning Otte und Dr. Josef Kühling-Thees (v.l.n.r.).

Vorstandsreferenten gaben ausführliche Tätigkeitsberichte

Nach dem Präsidenten ist es gute Tradition, dass auch die weiteren Vorstandsmitglieder den Versammlungsmitgliedern einen Überblick über ihre Amtstätigkeiten geben. So referierten aus ihren jeweiligen Aufgabenfeldern der Stellvertretende Präsident Jörg Röver (Finanzen, EDV und Personal), Sabine Steding (Fachzahnarztangelegenheiten mit Weiterbildungsordnung, Approbation ausländischer Zahnärzte, NiZzA und Ausschuss Familie, Beruf, Praxismanagement), Silke Lange (GOZ-Angelegenheiten, Jugendzahnpflege, Alterszahnmedizin und Zahnärztliche Behindertenhilfe), Dr. Lutz Riefenstahl (Internetauftritt der ZKN, Zahnärztliche Praxisführung mit „Hygiene“, „BuS-Dienst“, ZQMS, Qualitätszirkel) und Dr. Karl-Heinz Düvelsdorf (Fortbildung – Zahnärzte, Aus- und Weiterbildung zahnärztliches Fachpersonal). Jedes Vorstandsmitglied hatte dabei seine individuellen Schwerpunkte in den jeweiligen Vorträgen gesetzt. Zu den Referaten von Vorstandsmitglied Dr. Karl-Hermann Karstens (Patientenberatung, Schlichtungsangelegenheiten, Fürsorgeangelegenheiten und Zahnärztliche Stelle Röntgen) hatte zuvor schon Präsident Bunke teilweise mit vorgetragen gehabt.

Eine Fülle von Anträgen

Nach einer eingehenden Information zu den Plänen eines Klinischen Krebsregisters durch den Experten Dipl.-Ök. Philipp Krajewski von der Ärztekammer Niederachsen und einer anschließenden lebhaften Aussprache, bei der es besonders um den Datenschutz und die ärztliche Schweigepflicht, insbesondere um die Übermittlung von Klarnamen, ging, beschloss die Kammerversammlung mit großer Mehrheit, den Antrag zum Abschluss eines Vertrages über den Zusammenschluss zum Zweckverband Klinisches Krebsregister Niedersachsen (KKN) vorerst zu vertagen.

Viel Zeit nahmen traditionell die Diskussionen und Abstimmung über die Fülle von Anträgen in Anspruch (s. Seite 50ff). Zu den Regularien gehörten die Vorlage des Nachtragsetats und des Jahresabschlusses 2015 der ZKN, die Entlastung des Vorstands sowie die Beschlussfassung über die Beitragsordnung und den Haushaltsplan 2017. Es gab durchweg einmütige Zustimmung.

Stabilität im AVW

Wie bei jeder Kammerversammlung wird dem Altersversorgungswerk (AVW) der ZKN mit dem Bericht des Vorsitzenden des Leitenden Ausschusses (LA) und dem versicherungsmathematischen Gutachten sowie dem Jahresabschluss großes Interesse entgegengebracht. Immerhin geht es um das Wohl und Wehe der Zahnärzteschaft im Ruhestand. Der LA-Vorsitzende Dr. Reinhard Urbach dämpfte gleich zu Beginn seines Rechenschaftsberichts größere Erwartungen mit dem Hinweis: „Gute Nachrichten habe ich nicht!“ Nach einem Rückblick auf die Rentenpolitik der Bundesregierung und auf die derzeitige Finanzpolitik berichtete Dr. Urbach über das vergangene Geschäftsjahr. Erstmals hat der LA einen Geschäftsbericht erstellt, um allen Mitgliedern der Kammer und des Altersversorgungswerkes einen weitergehenden Einblick zu geben; er wird auch auf der Homepage eingestellt und steht damit öffentlich zur Verfügung. Um die Aufgaben des Justitiars, Sachverständigen und Rechtsanwalts, die bisher in einer Hand lagen, zu trennen, ist im Sommer Rechtsanwalt Thorsten Scheer als Justitiar und Sachverständiger bestellt und eingestellt worden, Rechtsanwalt Wahner ist weiterhin in dieser Funktion tätig. Für die Mitgliederverwaltung sei eine neue Software eingeführt worden, berichtet Urbach weiter. „Somit kommen wir unserem Ziel eines modernen, offenen und von Personen unabhängigen Versorgungswerkes immer näher.“ Mit der Einführung einer internen Revision sei das Versorgungswerk einen weiteren Schritt in die Moderne gegangen.

Weiter teilte der LA-Vorsitzende mit, dass mit Herrn Mund ein seit 23 Jahren lieb gewordener Weggefährte und Finanzsachverständiger in den wohlverdienten Ruhestand gehe. „Er stand wie ein Fels in der Brandung und hat das AVW durch Wind und Wetter sehr gut begleitet.“ Zu seinem Nachfolger wurde Prof. Dr. Seja als Finanzsachverständiger vom Kammervorstand bestellt.

Mit OVG-Urteil die Vergangenheit wieder eingeholt

Mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Niedersachsen vom 4. Juli 2016, habe das Altersversorgungswerk der ZKN wieder einmal die Vergangenheit eingeholt. Nun müssten neue Ansätze unpolitisch angewendet werden, sagte der LA-Vorsitzende. Dazu habe der Leitende Ausschuss beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die, anders als in der Vergangenheit, mit thematisch unvorbelasteten



Der Vorsitzende des LA, Dr. Reinhard Urbach (links), berichtete zur Lage des AVW und wurde dabei von den Sachverständigen unterstützt.

Personen besetzt sei und völlig neue Wege gehen solle. Eine Systemfrage sei das jedoch nicht. „Unser Problem ist unser Altsystem und die damalige Auslegung der Satzung, eine Altlast, die uns leider immer wieder einholt, gerade weil auch die Rahmenbedingungen sind wie sie nun mal sind“, sagte Dr. Urbach. Bei der geplanten Satzungsänderung dürften die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, sondern das AVW müsse von äußeren Einflüssen unabhängiger werden.

Abschließend betonte der LA-Vorsitzende Dr. Urbach: „Arm sind wir nicht. Sorgen haben wir wie alle anderen Pensionskassen und Versorgungswerke lediglich dahingehend, dass das Erreichen einer angemessenen Verzinsung in Zeiten von Negativzinsen immer schwieriger wird. Licht am Ende des Tunnels ist jedoch zu sehen. Wir sehen aber auch die Steine, die noch auf dem Weg liegen könnten oder uns hingelegt werden.“

Dr. Josef Kühling-Thees referierte in bewährter Weise über das Anlageportfolio des AVW. Diplom-Mathematiker Aktuar Johannes Nattermann erstattete, wie seit vielen Jahren, das versicherungsmathematische Gutachten über das AVW zum 31.12.2015, wonach 78 Millionen Euro der Verlustrücklage zugeführt werden sollen. Zum Schluss wurde die Satzungsänderung der Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenensicherung nach eingehender Beratung mit einer Reihe erforderlicher Änderungen ohne Gegenstimmen und Enthaltungen mit der nötigen qualifizierten Mehrheit verabschiedet. Auch die Anträge zur Entlastung des Vorstands und des Leitenden Ausschusses für das Rechnungsjahr 2015 des Altersversorgungswerkes der ZKN wurden einstimmig beschieden.

Abends um 20:30 Uhr war das gesamte Pensum der Tagesordnung der Herbstkammerversammlung doch noch an einem Tag erledigt, und Präsident Bunke konnte seine Kolleginnen und Kollegen mit großem Dank für sachliche, engagierte und disziplinierte Mitarbeit nach Hause entlassen. ■

_____ Rolf Zick, Lehrte